



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



*Käppeli Strassen- und Tiefbau AG Schwyz*

# AUSLESE

# Adressen H+I Kanton Schwyz

## H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth  
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt  
Convisa AG, Unternehmens-,  
Steuer- & Rechtsberatung  
6431 Schwyz  
Tel. 041 819 60 60  
Fax 041 819 60 69  
praesident@h-i-sz.ch  
ruedi.reichmuth@convisa.ch

## H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber  
lic. iur. Rechtsanwalt  
Anwaltskanzlei Weber  
Gersauerstrasse 7  
Postfach 618  
CH-6440 Brunnen  
Tel. 041 820 34 44  
Fax. 041 820 34 55  
info@h-i-sz.ch

## Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli  
Treuhandbüro  
Kirchstrasse 42  
Postfach  
8807 Freienbach  
Tel. 055 415 78 00  
Fax 055 415 78 01  
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

## Kasse:

Schwyzter Kantonalbank  
Tel. 041 819 41 11  
Fax 041 819 41 27

## Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese  
(Herausgabe und Redaktion):  
Sekretariat H+I  
Redaktion Teil «SZ»:  
Franz Steinegger, Schwyz  
Tel. 041 819 08 76  
Abschlussredaktion:  
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz  
Tel. 041 811 80 80  
Satz, Druck, Spedition:  
Bruhin AG, print&crossmedia,  
Freienbach  
Tel. 055 415 34 34  
www.bruhin-druck.ch

## Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–  
Gersau–Arth–Goldau:  
Roman Weber  
Tel. 041 820 34 44  
info@h-i-sz.ch

## Küssnacht:

Josef Stübi  
Tel. 041 854 04 00  
josef.stuebi@baer.ch

## March, Höfe, Einsiedeln:

Georges Kaufmann  
Tel. 055 410 11 69  
georg.kaufmann@winterthur.ch

## Inhaltsverzeichnis

### SZ

Wirtschaftsmeldungen ..... 4–6

«Der Aufschwung ist klar erkennbar» ..... 7

### Aktuell

Aarhus-Konvention:  
Nein zur Ratifikation ..... 8–9

### Themen

Die 1. Säule gerät ins Wanken ..... 10

Eine stärkere Regierung? Nein danke! .... 11

REV – Delegierte mit neuen Aufgaben ... 12

Index ..... 13

### Kommentar zum Zeitgeschehen

Amtshilfe Schweiz – USA:  
nötig, aber nicht genügend ..... 15

## Die Abkürzungen bzw. Quellenangaben vor den einzelnen Artikeln «SZ» und «CH» bedeuten:

### Zeitungen:

ABl = Amtsblatt Kt. Schwyz  
BdU = Bote der Urschweiz  
Cas = Cash  
EiA = Einsiedler Anzeiger  
Fac = Facts  
FrS = Freier Schweizer  
GeB = Schwyzter Gewerbe-Blatt  
HöV = Höfner Volksblatt  
MaA = March-Anzeiger  
MHZ = March Höfe Zeitung  
NLZ = Neue Luzerner Zeitung  
NSZ = Neue Schwyzter Zeitung  
NZZ = Neue Zürcher Zeitung  
RiP = Rigi Post  
SHZ = Schweiz. Handelszeitung

### Institutionen:

H+I = Meldung des H+I Schwyz  
SKB = Schwyzter Kantonalbank  
StK = Staatskanzlei des Kantons Schwyz



### Schwyz mit hohen Baulandreserven

Ende März hat die ETH Zürich das Resultat des Siedlungsentwicklungs-Projektes Raum+ Schwyz präsentiert. Damit beschreitet der Kanton Schwyz Pionierpfade, denn das Modell soll längerfristig auch auf andere Kantone übertragen werden. Während dreier Jahre hat ein Forscherteam der eidgenössisch technischen Hochschule in Zusammenarbeit mit dem Schwyzer Amt für Raumentwicklung und sämtlichen Gemeinden eine Übersicht erstellt, die zeigt, in welcher Gemeinde wo und wie viel Bauland innerhalb der Bauzone existiert. Das Resultat mag in seiner Grössenordnung erstaunen: Im ganzen Kanton sind dies total 540 Hektaren (5,4 Mio. Quadratmeter). Davon sind 250 effektiv verfügbar. Diese sollen nun mit Hilfe der Gemeinden aktiviert werden, um der Zersiedelung der Landschaft entgegenzuwirken. Volkswirtschaftsdirektor Kurt Zibung mahnte bei der Präsentation der Studie an, dass nun eine «Entwicklung nach innen» stattfinden müsse.

### Nordisches Zentrum geplant

Im Eschbach bei Einsiedeln soll für 66 Millionen Franken ein nordisches Leistungszentrum erstellt werden. Das Projekt, das von der Implenia Development AG geplant wird, sieht eine Eishalle und ein Ausseneisfeld, eine Curlinghalle, ein Schwimmbad mit einem Wellnessbereich, ein Beratungs- und Kompetenzzentrum für Sport, einen Sport-Fachmarkt sowie ein Dreisterne-Hotel mit 90 Betten, Seminarräumen und Restaurant vor. In das Projekt integriert werden sollen laut «Einsiedler Anzeiger» auch die Schanzen von Einsiedeln, die von einem noch ungenannt sein wollenden Investor gekauft würden. Der Bezirk Einsiedeln will sich am Projekt mit einem Beitrag in der Grössenordnung von 20 Millionen Franken beteiligen. Noch in diesem Jahr soll der Souverän über den Bezirksbeitrag abstimmen können.

### Milliarden-Sanierungspaket für OC Oerlikon

Die in Pfäffikon domizilierte OC Oerlikon steckt mit einem Verlust von über einer halben Milliarde Franken im Jahr 2009 weiter tief in den roten Zahlen. Es drohte sogar der Konkurs. Der hochverschuldeten Industrie- und Technologiegruppe ist nun ein Befreiungsschlag geglückt: Die Gläubiger und Grossaktionär Viktor Vekselberg haben einem Milliarden-Sanierungspaket zugestimmt. Das Management glaubt, dadurch «Oerlikon» wieder auf eine finanziell gesunde

Basis gestellt zu haben. Nach einer in letzter Minute unterzeichneten Übereinkunft zwischen den kreditgebenden Banken und Grossaktionär Vekselberg kann sich der Konzern bis zu 1,3 Mrd. Franken neues Kapital beschaffen. Dies wird benötigt, um die rund 1,7 Mrd. Franken schwere Schuldenlast abzubauen. Nach der Herabsetzung des Nennwerts der Oerlikon-Aktie werden neue Aktien ausgegeben. Pro Aktie erhalten die Aktionäre das Recht 19 neue Titel zu erwerben. Vekselberg, der 45 Prozent an Oerlikon hält, wird rund 450 Mio. Franken einschiessen. Die Banken streichen sich durch die Übereinkunft 25 bis 125 Mio. Franken ans Bein.

### Victorinox in Schanghai dabei

Vom 1. Mai bis 31. Oktober findet die Weltausstellung in der chinesischen Metropole Schanghai statt. Sie stellt alles bisher Gebotene in den Schatten. Mit dabei ist im Swiss Pavillon auch die Victorinox. Die Messerfabrik aus Ibach geniesst in China enormes Prestige und erlebt deshalb eine stark wachsende Marktnachfrage. Victorinox hat in den letzten Jahren vermehrt an derartigen Grossanlässen teilgenommen. Firmensprecher Hans Schorno bestätigt, dass Victorinox immer wieder vom EDA und der «Präsenz Schweiz» angefragt und auf Veranstaltungen hingewiesen werde. Allerdings seien derartige Beteiligungen immer sehr kostenintensiv. Eine Rentabilität durch den Verkauf vor Ort ist in der Regel nicht zu erzielen. Das Ganze wird deshalb unter Werbung abgebucht.

### Skigebiete als Wirtschaftsfaktor

Die Skigebiete der Region Innerschwyz sind zu einem massgeblichen Wirtschaftsfaktor geworden. Nebst den hohen Einnahmen aus dem Tagesgeschäft wird seit Jahren kräftig investiert. In den letzten 20 Jahren hat allein die Hoch-Ybrig AG 44 Mio. Franken für neue Bahnen, Restaurants und weitere Anlagen ausgegeben. Die Sattel-Hochstuckli AG investierte im gleichen Zeitraum rund 12 Mio. Franken. Die Sportbahnen Schwyz-Stoos-Fronalpstock erschlossen die Fronalp wie auch den Klingenstock mit neuen Bahnen, erstellten ein neues Panorama-Restaurant und werden in die Neuerschliessung des Stoos weitere 35 Mio. Franken einschiessen. Auch im Mythengebiet wird kräftig ausgebaut. Aktuell sind in den grossen Skigebieten für dieses Jahr folgende grössere Projekte vorgesehen: Neubau Restaurant Fuederegg mit Tiefgarage für 45 Parkplätze im Hoch-Ybrig (2,5 Mio.

Franken). Die AG Sportbahnen im Mythengebiet bauen das Pistenrestaurant Grossenboden neu (1,5 Mio. Franken Kostenaufwand). Auf Hochstuckli wird die vermutlich längste Hängebrücke für Fussgänger (374 Meter Spannweite) gebaut. Zusammen mit weiteren kleinen Sanierungen werden 1,5 Mio. Franken «verbaut». Weitere Projekte in allen Skigebieten sind in der Pipeline.

### Bankenfusion ist gescheitert

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen ist das Vorhaben gescheitert, die Raiffeisenbanken Iberg und Einsiedeln zu fusionieren. Mit grossem Mehr wurde am 14. April an der ausserordentlichen Generalversammlung der Raiffeisenbank Iberg der Antrag aus der Versammlung angenommen, noch nicht einmal über die bereits am 26. März abgelehnte Fusion mit Einsiedeln zu befinden. Die erneute Traktandierung dieses Geschäfts wurde als Zwängerei verurteilt. Offenbar fürchten die Ybriger, bei einer Fusion mit der viel grösseren Einsiedler Raiffeisenbank unterzugehen. Gewählt wurden vier neue Verwaltungsratsmitglieder: Ingo-Matthias Stinemann aus Wollerau, Christian Schuler und Marcel Dettling aus Oberiberg, sowie Pius Fässler aus Unteriberg als Präsident.

### Stehlin + Hostag AG bauen aus

Die Druckfarbenfabrik Stehlin + Hostag AG Lachen baut aus und um. Sie will in vier Jahren 15 Mio. Franken verbauen und die heute bestehenden 150 Arbeitsplätze um rund 20 neue Arbeitsplätze aufstocken. Durch den Geschäftsausbau soll die Jahresproduktion von heute 25 000 auf 40 000 Tonnen gesteigert werden. Uwe Dreyer, Geschäftsleitung Produktion, nennt drei Gründe für die Massnahme. Das logistische Volumen sei nicht mehr handelbar, was sich in der Lagerung der Rohstoffe und der Fertigmateriale zeige. Die Platzverhältnisse für Lastwagen seien zu eng. Zweitens bezieht die Firma die Rohstoffe seit 2006 direkt vom indischen Schwesterunternehmen. Drittens ortet die Stehlin + Hostag Potenzial in den UV-Farben. Das sind Farben, die durch ultraviolettes Licht innert kürzester Zeit getrocknet werden und durch intensivere, edlere Farbausstrahlung auffallen. Deren Ausstoss von derzeit 1000 Tonnen jährlich soll verdreifacht werden. Die Bauarbeiten haben Anfang April mit dem Anlegen neuer Parkplätze begonnen. Die gesamte Erweiterung erfolgt im Zeitraum der nächsten vier Jahre. Während den Bauarbeiten läuft die Produktion ohne Unterbruch weiter. Für die einzelnen Bauvorhaben wurden

grösstenteils lokale Anbieter verpflichtet, wie der March Anzeiger berichtet.

### Kühne + Nagel auf Wachstumskurs

Nach fünf rückläufigen Quartalen in Folge ist der Schindelleger Logistikkonzern Kühne + Nagel zu Jahresbeginn mit dem anziehenden Welthandel wieder auf den Wachstumspfad zurückgekehrt. Der Umsatz erhöhte sich im ersten Quartal 2010 wegen tieferer Margen allerdings stärker als der Gewinn. Der Betriebsgewinn ging sogar leicht zurück, von 230 Mio. auf 228 Mio. Franken. Der Reingewinn stieg hingegen um 2,3 Prozent auf 131 Mio. Franken. Der Umsatz erhöhte sich um 7,3 Prozent auf 4,6 Mrd. Franken, wozu insbesondere die Trendwende in der Seefracht und die klar verbesserte Lage in der Luftfracht beigetragen haben.

### Region Mitte als gesunde Bergregion

Die Region Mitte des Kantons Schwyz soll als «gesunde Bergregion» positioniert werden. Das sieht der Entwurf der regionalen Richtplanergänzung vor. Für diese Region (Einsiedeln und Ybrig) ist auch in Zukunft mit einem überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum zu rechnen. Diese Entwicklung soll kontrolliert erfolgen. Die weitere Siedlungsentwicklung stützt sich massgeblich auf das Projekt «Reserveflächen für eine Siedlungsentwicklung nach innen» ab. Mit diesem Projekt wird eine zweckmässige Verdichtung in bereits eingezonten Gebieten angestrebt. Der Entwurf definiert auch Grundsätze für eine bessere Verkehrslenkung, ein zweckmässiges Parkraummanagement und die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Der Entwurf für die Richtplanergänzung wird bis 25. Juni bei den betroffenen Gemeinden und beim Amt für Raumentwicklung öffentlich aufgelegt.

### Vetrocell AG ist in Konkurs

Die Firma Vetrocell AG, Riedmattli 9 in Seewen, ist in Konkurs. Die Aktiengesellschaft hat ein Kapital von 500 000 Franken. Laut dem Schweizerischen Handelsamtsblatt wurde der Konkurs am 23. März eröffnet. Die Firma habe seit Januar keine Löhne mehr bezahlt. Die fünf Mitarbeiter hätten keine Kündigung erhalten und sich darum Anfang März beim Arbeitsamt gemeldet. Die Vetrocell war 2007 in die Schlagzeilen geraten, als ein Schwyzer Unternehmen das Gebäude kaufte, in welcher die Vetrocell produzierte. Der Auszug verzögerte sich, weil millionenteure Maschinen unter grossem finanziellen Aufwand hätten demontiert

und neu aufgebaut werden müssen. Das Geschäftsmodell an und für sich war erfolgreich. Die Vetrocell hat Altglas, das vorwiegend aus dem Kanton Schwyz stammte, zu Schaumglasschotter, einem hochwertigen Baustoff, verarbeitet.

### **Schwyz Tourismus erarbeitet neues Konzept**

Im Schwyzer Tourismus tut sich Grundlegendes. Das operative Geschäft läuft gut. Vor allem der Tagestourismus boomt. Nun soll auch strategisch frischer Wind in die Branche kommen. Deshalb wurde eine neue Tourismusstrategie erarbeitet. Unter Federführung des Volkswirtschaftsdepartements haben sich an der Basisarbeit viele Tourismusvereine, Leistungsträger und Anbieter beteiligt. Dabei hat sich gezeigt, dass Schwyz in vier Regionen teils sehr unterschiedliche Angebote erbringt. Es bestehe die Schwierigkeit, alles unter einen Hut zu bringen. Dafür soll eine eigene Organisation aufgebaut werden. Der Entscheid dazu fällt im ersten Halbjahr 2010. Längerfristig werde man mehr Ressourcen, sowohl in finanzieller, wie personeller Hinsicht benötigen, schreibt Andreas Meyerhand, Präsident von Schwyz Tourismus im Jahresbericht 2009. Man sei heute schon am Anschlag: Via Schwyz Tourismus sind letztes Jahr über das Buchungssystem Tomas 510 000 Franken umgesetzt worden. Die Info-Stelle in Schwyz hat mehr als 300 Vortrags-Dokumentationen verschickt, über 250 000 Franken in Marketing-Aktivitäten investiert und vor allem Schwyz mit zahlreichen Events national und international platziert.

### **Kantonalbank-Direktor Weber tritt zurück**

Gottfried Weber, Direktionspräsident der Schwyzer Kantonalbank, hat seinen Rücktritt erklärt und geht im ersten Quartal 2011 in den Ruhestand. Der heute 62-jährige Arther will mit dieser frühzeitigen Ankündigung erreichen, dass die Nachfolge ohne Zeitdruck geregelt werden und das laufende Geschäftsjahr 2010 unter seiner Verantwortung abgeschlossen werden kann. Der operative Chef des Schwyzer Bankeninstituts hat nach mehr als 25-jähriger Tätigkeit in der Direktion der Zürcher Kantonalbank im Herbst 2003 die Führung der SZKB übernommen. Unter seiner Leitung hat die Bank als Marktleaderin im Kanton einen gezielten Ausbau erlebt. Sie ist als moderne Universalbank organisatorisch, strategisch und personell bestens gerüstet

und wird regelmässig mit einem hervorragenden AA+ bewertet. Die Stelle des Direktionspräsidenten ist intern bereits ausgeschrieben worden. Extern läuft das Verfahren über Kadervermittlungsstellen ebenfalls an. Wahlbehörde ist der Bankrat.

### **Südostbahn bestellt 14 «Flirts»**

Die Schweizerische Südostbahn (SOB) bestellt bei der Stadler Rail im thurgauischen Bussnang 14 weitere «Flirt»-Züge für 123 Mio. Franken. Die Züge sollen 2012 und 2013 ausgeliefert werden. Die SOB hatte bereits 2005 bei Stadler Rail eine Serie «Flirt»-Triebzüge gekauft, wie das Bahnunternehmen Mitte April mitteilte. Jener Vertrag enthielt eine Option für weitere Züge, die nun eingelöst wird. Die SOB ist eine wichtige Bahnverbindung innerhalb des Kantons Schwyz. Sie führt von Päffikon nach Goldau, mit einem Abzweiger in Biberbrugg Richtung Einsiedeln.

### **Migros mit 112,5 Mio. Umsatz in Innerschwyz**

Die Migros-Genossenschaft Luzern erzielte letztes Jahr in ihren vier Filialen Brunnen, Goldau, Küssnacht und Schwyz einen Umsatz von 112,5 Mio. Franken. Für diese Region sind keine Vergleichszahlen aus dem Jahr 2008 vorhanden, da die Migros detaillierte Ergebnisse aus den Kantonen heuer zum ersten Mal kommuniziert. Es kann jedoch von einem kleinen Umsatzrückgang ausgegangen werden, da die Preise auf dem gesamten Sortiment um 1,8 Prozent gesunken sind. In den Filialen in Innerschwyz waren 347 Arbeitnehmende in 215 Vollzeitstellen für den Detailriesen beschäftigt. Die Verkaufsfläche beträgt 10 742 Quadratmeter. Die vier Geschäfte im Mythen Center machen mit 7748 Quadratmetern den weitaus grössten Teil der Ladenfläche aus. Als nächstes soll der Standort Küssnacht gestärkt werden. Diesbezüglich liegen jedoch noch keine konkreten Pläne vor.

*Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.*

## «Der Aufschwung ist klar erkennbar»

**Die Schwyzer Unternehmen blicken zuversichtlich in die Zukunft. Die Umsätze steigen, die Kurzarbeit nimmt ab. Allerdings ist der Optimismus noch von Vorsicht geprägt. Die Investitionen dürften sich im Rahmen des Vorjahres bewegen, wie eine Umfrage des «Bote der Urschweiz» ergab.**

«Die Situation hat sich stabilisiert, ein Aufschwung ist klar erkennbar», sagt Peter Geisser, Mediensprecher der Schwyzer Kantonalbank (SZKB). Seine Einschätzung deckt sich mit der von anderen befragten Wirtschaftsvertretern im Kanton. «Die Wirtschaftssituation hat sich entspannt. Auch bei uns ist der Umsatz in den ersten drei Monaten gegenüber 2009 leicht angestiegen», gibt Hans Schorno, Mediensprecher beim grössten privaten Arbeitgeber des Kantons, der Victorinox, zu Protokoll.

«Es gibt klare Signale, dass die Binnenwirtschaft – teilweise auch aus saisonalen Gründen – anzieht, während der Aufschwung in exportorientierten Segmenten erst verhalten ist», weiss auch Joana Filippi, Vorsteherin des Amtes für Wirtschaft beim Kanton. Eine verbesserte Geschäftslage spüren auch viele Zulieferunternehmen, nachdem laut H+I-Präsident Ruedi Reichmuth «bei den grossen Unternehmungen im Mittelland oder in Deutschland die Lager leer wurden und nachdem auch eine leicht höhere Produktion in der Maschinenindustrie anfiel».

### Kurzarbeit ging markant zurück

Viele Zulieferunternehmen hätten ihre Kurzarbeit abbauen oder gar beenden können, weiss Reichmuth. Das bestätigt Filippi: «Momentan haben im Kanton Schwyz 52 Unternehmen Kurzarbeit. Insgesamt sind 714 Mitarbeitende von dieser Massnahme betroffen. Noch im November 2009 waren doppelt so viele Angestellte von Kurzarbeit betroffen.» Weitere Indikatoren, dass es aufwärtsgeht: Die Arbeitslosenquote sank im März im Kanton Schwyz leicht von 2,7 Prozent im Februar auf 2,6 Prozent, liegt aber immer noch 0,6 Prozentpunkte über dem Wert von März 2009. Auch die Anzahl der Logiernächte war im Februar gegenüber dem Vorjahr um 323 tiefer, mit 48 806 Logiernächten liegt der Februar 2010 gemäss dem Amt für Wirtschaft aber deutlich über den Jahren von 1999 bis 2007.

### Nicht so hart getroffen

Die Schwyzer Wirtschaft wurde dank gewerblicher Kleinstruktur und geringem Exportanteil von der letztjährigen Krise weniger hart getroffen als anderswo. Diese Feststellung machte auch die Schwyzer Kantonalbank:

«Nach jeder Rezession werden die Banken mit steigenden Kreditausfällen konfrontiert, die bisher aber glücklicherweise unter den Erwartungen geblieben sind», weiss SZKB-Sprecher Geisser.

### Kaum Ausweitung der Investitionen

Anzeichen für einen Aufschwung sind also vorhanden. Noch ungewiss ist aber, welche Nachhaltigkeit dieser Aufschwung haben wird. Entsprechend vorsichtig optimistisch geben sich die Schwyzer Unternehmen. «Es wird weniger ein schneller Aufschwung, als vielmehr eine seitliche Entwicklung mit vielen kleinen positiven Stufen erwartet», meint Ruedi Reichmuth. Bei den Investitionen sind deshalb «keine grossen Sprünge» zu erwarten. «In diesem Jahr sind Investitionen im gleichen Umfang wie 2009 vorgesehen», tönt es aus der Victorinox. «Im Rahmen der geltenden SZKB-Strategie 2008–2013 werden im laufenden Jahr weitere Projekte realisiert, die namhafte Investitionen nach sich ziehen werden. Wie bereits im Vorjahr liegt das Volumen im zweistelligen Millionenbereich», sagt auch Kantonalbank-Medienprecher Geisser.

Unisono wird der immer stärker werdende Schweizer Franken als wachstumshemmender Faktor bezeichnet. «Dies kann starke negative Auswirkungen auf die vielen kleinen und mittleren Zulieferfirmen und Exporteure gerade im Kanton Schwyz haben», befürchtet H+I-Präsident Reichmuth. Und er ergänzt: «Zudem wird die Frage der Zinserhöhungen langsam stärker – die Gefahr des Abwürgens des positiven Trends durch Zinserhöhung und damit Zinsbelastungen von Investitionen besteht, wobei wir davon ausgehen, dass sich die Nationalbank dieser Problematik sehr bewusst ist.»

### Neue Arbeitsplätze

Während die Industrie dieses Jahr kaum neue Arbeitsplätze schaffen wird, tönt es diesbezüglich aus der Dienstleistungsbranche wesentlich optimistischer. Kantonalbank-Medienprecher Geisser: «Wir werden unsere Position als führende Universalbank und leistungsfähige Finanzdienstleisterin weiter stärken, indem wir die Beraterzahl gezielt erhöhen und die Prozesse und Systeme weiterentwickeln. Insgesamt rechnen wir mit einem erneuten Stellenausbau. Nicht zu vergessen sind die 42 Lernenden und Praktikanten, denen wir bei entsprechendem Leistungsausweis jeweils eine Weiterbeschäftigung offerieren.»

Aus: Bote der Urschweiz (Ruggero Vercellone)

## Aarhus-Konvention: Nein zur Ratifikation

**Die Aarhus-Konvention über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten bringt weder der Bevölkerung, noch der Umwelt gewichtige Vorteile. Der Wirtschaft drohen jedoch erhebliche Nachteile. Die Ratifikation durch das Parlament hat deshalb zu unterbleiben; dies auch um allgemein negativen Tendenzen Einhalt zu gebieten.**

CP. Bis Ende letzten Monats war die Vorlage zur «Genehmigung und Änderung der Aarhus-Konvention und Änderung des Umweltschutzgesetzes» in der Vernehmlassung. Bereits im Jahr 1998 unterzeichnete die Schweiz in Aarhus, Dänemark, das Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. Diese Konvention umfasst drei Pfeiler.

### **Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungsverfahren**

Erstens geht es um Umweltinformationen. Die Vertragsstaaten werden verpflichtet, spätestens

einen Monat nach Antragstellung ein Recht auf Zugang zu Umweltinformationen zu gewähren und Kopien der eigentlichen Unterlagen zuzustellen. Den Nachweis eines Interesses braucht es dafür nicht. Zweitens geht es um die Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungsverfahren. Die Öffentlichkeit hat die Möglichkeit, alle von ihr für die geplante Tätigkeit als relevant erachteten Stellungnahmen, Informationen, Analysen oder Meinungen vorzulegen. Jeder Vertragsstaat muss dann sicherstellen, dass das Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Entscheidung angemessen berücksichtigt wird. Drittens wird der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten geregelt. Die Durchsetzung der Rechte aus der Konvention ist vor einem Gericht in einem Überprüfungsverfahren einklagbar.

### **Schweiz garantiert Schutz bereits heute**

Bestrebungen zum Schutz der Umwelt sind wichtig und zu unterstützen. Dazu gehört auch eine aktive Beteiligung der Öffentlichkeit. Die Schweiz garantiert diesen Schutz bereits heute ausreichend und effizient auf einem sehr hohen Niveau. Der erläuternde Bericht des

Bundesrats bestätigt dies. Mit dem Öffentlichkeitsgesetz (BGÖ) besteht ein umfassender Anspruch auf Zugang zu amtlichen Dokumenten, inklusive Zugang zu Umweltinformationen. Gut ausgebaute Parteirechte und umfassende Mitwirkungsrechte gelten für die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit. Ebenso garantiert ist der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. Mit anderen Worten: Die Schweiz hat keinen Handlungsbedarf. Ratifiziert die Schweiz die Aarhus-Konvention kämen jedoch Detailbestimmungen zur Anwendung, die klar wirtschaftsfeindlich sind und schädliche Auswirkungen nach sich ziehen würden, ohne der Umwelt wirklich zu dienen.

Beispielsweise würde nach der Definition der Konvention neu auch der Bereich Energie als Umweltangelegenheit gelten. Die Schweiz steuert auf eine Energielücke zu. Es gilt rasch mehrheitsfähige Lösungen zu finden, damit unser Wohlstand längerfristig durch eine sichere, effiziente und nachhaltige Energieversorgung gehalten werden kann. Mit der Unterstellung des Bereichs Energie droht die Gefahr von Funda-



mentalopposition, anstelle nachhaltiger, rascher Lösungen.

### **Verfahren bereits heute überlang**

Die Verfahren im Umweltrecht sind in der Schweiz bereits heute überlang, was die Baukosten verteuert. Weil die Behörden mit der Konvention verpflichtet würden, alle von der Öffentlichkeit vorgebrachten Anliegen einzeln zu prüfen und diese sachlich in ihre Entscheidungsfindung einfließen zu lassen, führte dies zu Zusatzarbeit, was sowohl auf Verwaltungs- als auch auf Gerichtsstufe zu noch einmal längeren Verfahrensdauern führen dürfte.

### **Um sich greifende «Verbürokratisierung»**

Exemplarisch kann an der Aarhus-Konvention aufgezeigt werden, wie falsch verstandene Tendenzen der Bundesbehörden mehr und mehr um sich greifen. Erstens: Was auf der nationalen Ebene an zu starker Opposition zu drohen scheint, wird auf die internationale Ebene verschoben, in ein Gesamtpaket verpackt, welches dann ohne grosses Aufsehen durchgewinkt werden soll. Zweitens: Zusammenleben, Verhalten, gut eingespielte

Abläufe, schlicht und einfach alles soll normiert werden, was eine «Verrechtlichung» unseres gesamten Lebens nach sich zieht. Drittens: Statt Verfahren zu straffen und zu vereinfachen, geschieht mit einer um sich greifenden «Verbürokratisierung» genau das Gegenteil.

Die Aarhus-Konvention bringt weder der Bevölkerung, noch der Umwelt gewichtige Vorteile. Der Wirtschaft drohen jedoch erhebliche Nachteile. Die Ratifikation durch das Parlament hat deshalb zu unterbleiben; dies auch um allgemein negativen Tendenzen Einhalt zu gebieten.

## Die 1. Säule gerät ins Wanken

Es. Die AHV droht in absehbarer Zeit in eine finanzielle Schiefelage zu geraten. Dies wird durch die aktuellen Zahlen des AHV-Ausgleichsfonds bestätigt. Gemäss den Angaben hat sich das Umlageergebnis (Beiträge abzüglich Aufwand) in etwa halbiert: es sank von 2,05 Mrd. auf 1,09 Mrd. Franken. Dieser Rückgang wurde zwar durch die Anlageerträge von 2,6 Mrd. Franken mehr als wettgemacht. Aber bereits in naher Zukunft werden die Anlageerträge das negative Umlageergebnis nicht mehr ausgleichen können. Denn die Entwicklung der Beiträge hält mit jener der Ausgaben nicht Schritt. Auch 2009 lagen die Ausgaben um 5,6 Prozent höher als im Vorjahr, während die Beiträge nur um

2,6 Prozent stiegen. Nach Schätzungen des Bundesamts für Sozialversicherungen werden bald schon Defizite in Milliardenhöhe anfallen; je nach Szenario ist dies in drei bis sieben Jahren der Fall.

Gleichzeitig hellt sich bei der IV die Lage nur langsam auf. Der Aufwand fiel zwar um zwei Prozent, und entsprechend reduzierte sich auch das Defizit. Aber einschliesslich Zinszahlungen von fast 200 Mio. Franken betrug der Fehlbetrag immer noch 1,1 Mrd. Franken – nach 1,4 Mrd. Franken im Vorjahr. Der IV-Schuldenberg erhöhte sich dadurch auf 13,9 Mrd. Franken. Auch die Rechnung der EO fiel rot aus: Hier lag das Betriebsergebnis bei -474 Mio. Franken.

Die Abwärtsspirale wird sich weiter drehen, und zwar mit zunehmendem Tempo, wenn sie von der Politik nicht gestoppt wird. Bei der IV sind die Arbeiten dafür in vollem Gang, aber bei der Alterssicherung herrscht eine politische Blockade: Die 11. AHV-Revision hängt seit Jahren im Parlament fest. Anstatt die Reformen zügig zu verabschieden und dadurch die nachfolgenden Jahrgänge zu entlasten, verliert sich die Politik in fruchtlosen Debatten um Frühpensionierungen zu Sonderkonditionen. Als ob man sich in der 1. Säule solche Leistungsversprechungen noch leisten könnte.

## Eine stärkere Regierung? Nein danke!

CP. Das Ungemach, mit dem sich die Schweiz in letzter Zeit auf internationalem Parkett konfrontiert sah, führte bei Medien und ihnen gefügigen Politikern zum offenbar logischen Schluss: Die Regierung ist schwach, die Regierung muss gestärkt werden. Eben diese Regierung hat ihrerseits Vorschläge für ihre eigene Reform unterbreitet. So soll die Verdoppelung der Amtsdauer des heute beschränkt bedeutungsvollen Bundespräsidialamts auf zwei Jahre die Landesregierung stärken. Gleichzeitig sollen die Mitglieder des Bundesrats in gewissen Bereichen durch zusätzliche Staatssekretäre entlastet werden.

Die so verlautbarte Reform wurde zwiespältig aufgenommen und musste sich den Vorwurf gefallen lassen zu zaghaft, zu wenig mutig und nicht zielführend zu sein. Was den letzten Punkt betrifft, so kann man sich getrost der allgemeinen Meinung anschliessen: Es ist wenig wahrscheinlich, dass die Verlängerung der bundespräsidialen Amtsdauer auf zwei Jahre den Bundespräsidenten oder das gesamte Gremium wesentlich stärkt.

Hingegen stellt sich die Frage, ob eine solche Stärkung überhaupt erstrebenswert ist.

Allerdings müssen diese Überlegungen in den richtigen Kontext gestellt werden. In denjenigen

nämlich eines föderalistischen Staates mit Kantonen, deren Identitäten ebenso stark wie unterschiedlich sind – die Sprachunterschiede sind dabei nur einer von vielen Aspekten. Dies ist nicht der Kontext einer «starken» Zentralmacht. Ursprünglich diente die Konföderation der Abwehr von Gefahren von aussen. Mit der Zeit wurde dem Bundesstaat eine Rolle des Ausgleichs, der Minderung kantonaler Unterschiede, aber auch der Koordination und Harmonisierung gewisser Belange zuteil. Er ist hingegen nicht dazu berufen, ein Staat genereller Kompetenzen zu werden, der alle Aspekte des öffentlichen Lebens lenkt.

Das Problem der schweizerischen Staatsmacht ist jedoch genau, dass sie sich nicht auf ihre eigenen Befugnisse beschränkt, sondern sich in immer mehr Bereiche einmischen will, mit dem Risiko, sich zu verzetteln. So ist zu befürchten, dass die vorgeschlagenen Massnahmen der Regierungsreform nicht die Schweiz gegenüber dem Ausland stärken, sondern vielmehr die Bundesstaatsgewalt zulasten der Souveränität der Kantone. Unterstützt würde damit eine stärkere Zentralisierung, die weder dem föderalistischen Aufbau der Schweiz entspricht noch im Interesse der Bürger und Unternehmen läge. Mehr Staatssekretäre führten schliesslich – wie ein Ausbau des

Führungsstabs – zu mehr Verwaltung und in der Folge zu mehr administrativer Macht gegenüber der Politik. Weder haben diejenigen, die verwaltet werden, von dieser Entwicklung irgendetwas Positives zu erwarten, noch verbessert sie die Position der Schweiz gegenüber dem Ausland.

Die Forderung der SVP nach einer Volkswahl des Bundesrats ist in diesem Zusammenhang nicht vertretbar. Das Resultat wäre auch hier eine Stärkung der Zentralmacht. Dazu kämen Schwierigkeiten bezüglich einer gerechten Vertretung der Kantone in der Regierung, das Risiko sprachlicher Blockbildungen und das Fördern von «Tribunen», die die Landesregierung noch mehr polarisierten.

Bevor man eine mehr schlechte als rechte Revolution des institutionellen Rahmens vom Zaun bricht, müsste man sich fragen, ob die Schwäche der aktuellen Regierung nicht vielmehr den entsprechenden Amtsträgern und ihren Strategien zuzuschreiben ist, als der Struktur der Staatsgewalt.

## REV – Delegierte mit neuen Aufgaben

**Am vergangenen Donnerstag erwartete die Mitgliederversammlung des REV Rigi – Mythen in Brunnen neue Aufgaben als regionale Plattform. Zunächst beschäftigten sie sich unter der Leitung von Präsident Josef Wyer allerdings mit der Erfolgsbilanz des Jahres 2009.**

REV. Im Jahr 2009 wurde die interne Organisation des REV völlig umgekrempelt: Statuten, Strategie und Geschäftsreglement erhielten neue Inhalte. Ein neuer Fonds erlaubt innovative Kleinprojekte rasch zu unterstützen. Der Antragsweg für Fördermittel wurde vereinfacht und klar umschrieben. Gegen aussen sichtbar war vor allem das Zusammenarbeitsprojekt Rigi Plus, welches Mitte Jahr einsetzte.

Den Auftakt bildete am 28. August der Spatenstich des von Mario Botta geplanten Mineralbades auf Rigi-Kaltbad. Ganz oben, auf Rigi-Kulm, fand am 27. September die erste Rigi Landsgemeinde statt, mit über 300 Interessierten.

Verschiedene Persönlichkeiten äusserten sich in angenehmer Atmosphäre zur Zukunft der Rigi. Gleichzeitig wurden 23000 Haushalte in den neun Gemeinden an der Rigi zu verschiedenen Themen befragt. Somit ist jetzt das Fundament gelegt, auf dem in den nächsten Jahren Projektleiter Seppi Odermatt aus Weggis Zusammenarbeitsprojekte bauen kann.

### **Mit regionalen Marken Wertschöpfung erzielen**

Einen wesentlichen Schritt weiter kam 2009 auch das Projekt Wertschöpfung im ländlichen Raum. Mit ihm will der REV, zusammen mit der Region Einsiedeln, den Agrotourismus fördern, aber auch regionale Qualitätsprodukte, vor allem Nahrungsmittel, an Touristen und Bewohner des Grossraums Zürich verkaufen. Der Bund stellt wesentliche Mittel für das gemeinsame Marketing in Aussicht. Die Verantwortung ging 2009 auf einen Verein über, in den Bäuerinnen und Bauern, Verarbeiter und Detaillisten eintreten.

Wie erwähnt, betrifft eine Neuerung auch den Aufgabenbereich der Mitgliederversammlung. Jede Gemeinde der Region Rigi-Mythen ist dort mit einem Ratsmitglied vertreten. Deshalb macht es Sinn, die Mitgliederversammlung als Plattform zur Koordination öffentlicher Aufgaben zu nutzen. Sie berätet neu gemeinsame Strategien oder Konzepte, ortet mögliche Zusammenarbeitsprojekte und regelt ihre Durchführung. Diese neuen Aufgaben wurden auch gleich angepackt und eine Liste der in der Region zu erwartenden Investitionen im Bereich von wirtschaftsnahen Investitionen, wie touristische Anlagen oder Erschliessungen von Gewerbebezonen erarbeitet. Sie bildet eine erste Grundlage für die Mehrjahresplanung des REV.

KK 30.03.2010

## Grosshandelspreise (Basis Mai 2003 = 100)

### Gesamtangebot

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2008</b>	109,1	109,3	109,9	110,7	112,0	112,6	113,2	112,6	112,0	111,4	109,8	109,0
<b>2009</b>	108,0	107,4	106,8	106,7	106,4	106,3	106,3	106,4	106,6	106,1	106,1	106,2
<b>2010</b>	106,6	106,3	106,9									
*	-1,3%	-1,0%	0,0%									

### Produzentenpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2008</b>	108,2	108,7	109,0	109,9	111,2	111,7	112,0	111,2	110,7	110,4	110,0	109,7
<b>2009</b>	109,4	108,6	108,2	108,2	107,9	107,9	107,7	107,7	107,8	107,3	107,2	107,4
<b>2010</b>	107,8	107,5	107,9									

### Importpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2008</b>	110,7	110,5	111,7	112,1	113,5	114,4	115,6	115,4	114,6	113,2	109,3	107,6
<b>2009</b>	105,5	105,0	104,2	103,6	103,4	103,4	103,6	104,0	104,3	103,8	103,9	104,0
<b>2010</b>	104,3	104,0	104,8									

## Konsumentenpreise (Basis Dezember 2005 = 100)

### Totalindex

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2008</b>	102,3	102,5	102,8	103,6	104,5	104,6	104,2	103,9	104,0	104,6	103,9	103,4
<b>2009</b>	102,5	102,7	102,4	103,3	103,5	103,6	103,0	103,1	103,1	103,7	103,9	103,6
<b>2010</b>	103,5	103,7	103,8									
*	+1,0%	+0,9%	+1,4%									

Gewichtung in % 2008	Gewichtung in % 2009	2009			2010		
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März

### Monatsindex (Dez, 2005 = 100)

		100	100	103,7	103,9	103,6	103,5	103,7	103,8
<b>Totalindex</b>									
<b>Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen</b>	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,091	10,903	103,2	103,3	103,2	103,9	104,3	104,7
	Alkoholische Getränke und Tabak	1,785	1,696	108,5	108,6	108,1	108,8	108,9	105,8
	Bekleidung und Schuhe	4,434	4,553	109,5	109,5	106,6	93,9	93,9	93,9
	Wohnen und Energie	25,212	25,092	108,0	108,2	108,0	109,1	109,4	109,8
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	4,762	4,968	102,7	102,6	102,9	102,2	101,7	102,3
	Gesundheitspflege	14,467	14,075	100,3	100,4	100,3	100,3	100,4	100,3
	Verkehr	11,285	11,157	103,4	104,9	104,0	104,7	105,0	105,7
	Nachrichtenübermittlung	2,938	2,716	88,5	88,5	88,5	86,9	86,9	86,9
	Freizeit und Kultur	10,607	10,615	98,6	98,4	98,7	98,6	98,1	97,6
	Erziehung und Unterricht	0,674	0,684	106,1	106,1	106,1	106,1	106,1	106,1
	Restaurants und Hotels	8,142	8,332	106,6	106,6	106,6	107,5	107,7	107,8
	Sonstige Waren und Dienstleistungen	4,603	5,209	102,3	102,3	102,3	103,0	103,6	103,6
<b>Nach Herkunft und Art</b>	Inlandgüter	71,506	71,292	104,9	104,9	105,0	105,1	105,5	105,4
	Auslandgüter	28,494	28,708	100,7	101,2	100,3	99,4	99,1	99,7
	Waren	43,493	43,208	101,5	101,8	101,2	100,7	100,5	101,0
	Dienstleistungen	56,507	56,792	105,4	105,5	105,5	105,7	106,1	106,0

\* Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

# Amtshilfe Schweiz – USA: nötig, aber nicht genügend

Am 19. August 2009 hat der Bundesrat ein Abkommen mit den USA zur Amtshilfe in Steuersachen geschlossen. Die Eidg. Steuerverwaltung soll 4450 Fälle prüfen und den USA die Daten von UBS-Kunden offenlegen, nicht nur wo im Sinne des geltenden Abkommens ein Steuerbetrug oder dergleichen (tax fraud or the like) vorliegt, sondern auch bei erheblicher Steuerhinterziehung. Namentlich dort, wo in den USA keine Steuererklärung eingereicht wurde, obwohl während drei oder mehr Jahren ein Vermögen von mindestens 1 Million Franken vorhanden war und ein jährlicher Durchschnittsertrag von mindestens 100 000 Franken resultierte. Dieser Sachverhalt betrifft 4200 der 4450 Fälle.

Bekanntlich hat das Bundesverwaltungsgericht am 21. Januar entschieden, dieses Abkommen sei vom geltenden Doppelbesteuerungsabkommen nicht abgedeckt. Es ist daher von National- und Ständerat zu genehmigen. Das bereitet Mühe. Denn in die Zwickmühle hat sich die UBS selber manövriert, weil ihre Kader und Mitarbeiter aktiv zur Steuerhinterziehung animiert und Hilfe geleistet haben. Die USA haben massive Schritte gegen die UBS eingeleitet, auf die sie nur zu verzichten bereit sind, wenn die Schweiz diese Amtshilfe leistet. Viele Parlamentarier sind der Ansicht, das Abkommen sei unnötig, und die UBS soll die Konsequenzen ihres Tuns – wie jedes andere Unternehmen auch – selber tragen. Ein grosser Teil der SVP und andere bürgerliche Parlamentarier sind dieser Ansicht, während die SP ihre

Zustimmung von einer Sondersteuer auf Bankenboni abhängig macht.

### Auf dem Spiel steht mehr als bloss die UBS

Die UBS hat amerikanisches Recht massiv verletzt. Gäbe sie die Daten von sich aus heraus, würde sie das schweizerische Bankgeheimnis massiv verletzen und faktisch hinfällig machen. Doch ohne die schweizerische Amtshilfe würde in den USA definitiv Anklage gegen die UBS erhoben. Das hätte nicht nur massivste Bussen zur Folge, sondern die UBS wäre in den Augen der Anleger und des Staates ein in seiner Gesamtheit betrügerisches Finanzinstitut. Es ist absehbar, dass in diesem Fall zumindest die grösseren institutionellen US-Kunden und Gemeinwesen ihre Geschäftsbeziehungen sofort abbrechen müssten. US-Mitarbeitenden wäre eine Tätigkeit bei der UBS faktisch unmöglich. Die US-Aufsichtsbehörden ständen zudem unter massivem Druck, den UBS-Einheiten die Bewilligung zu entziehen. Für die UBS mit rund 40 Prozent ihrer Aktivitäten in den USA existentiell! Die Situation ist ernst. Die USA gehen in diesen Dingen erbarmungslos vor, ohne Rücksicht auf dramatische Konsequenzen. Wir erinnern uns an Enron, Worldcom und Arthur Anderson – riesige US Firmen, die gnadenlos aus dem Verkehr gezogen wurden. Die UBS ist aber nicht nur für ihre Mitarbeitenden und die Schweizer Wirtschaft als Vermögens- und Kreditkunden, sondern ebenso für mehrere zehntausend Mitarbeitende, sie ist für den Finanzplatz

Schweiz systemrelevant. «Too big to fail» – einmal mehr sieht sich die Schweiz in der Pflicht, die UBS nicht fallen zu lassen.

Das Abkommen vom 19. August 2009 ist im Verhältnis Schweiz – USA völkerrechtlich gültig, auch wenn der Bundesrat nachträglich die Genehmigung des Parlamentes einholen muss. Die USA stellen sich zu Recht auf den Standpunkt, «a deal is a deal» und eine Ablehnung wäre für sie Vertragsbruch. Er würde zu bedeutenden Gegenreaktionen führen. Präsident Obama's Plan «to make the tax system fair» ist ein zentrales politisches Programm. Steuerhinterziehung ist in den USA ein veritables Verbrechen. Das ist in erster Linie kein Kampf gegen die Schweiz oder die UBS, sondern innenpolitische Priorität. Wenn die Schweiz nach USA-Lesart das Abkommen bricht, müssen wir mit Massnahmen rechnen: sie können vom Ausschluss Schweizer Firmen für öffentliche Aufträge bis zu Strafsteuern, wie zum Beispiel einer nicht verrechenbaren 30-Prozent-Steuer auf alle Zahlungen aus den USA in die Schweiz, reichen. Denn die Schweiz würde in ihren Augen nicht nur einen Vertrag brechen, sondern sie würde die Steuerkriminalität aktiv schützen! Dass sie sich damit oben auf die Blacklist der Steueroasen manövriert, ist absehbar.

Damit sind auch zwei Konsequenzen klar, die weit über den Finanzplatz Schweiz hinausgehen. Die Schweizer Exportindustrie muss mit massiven Nachteilen rechnen. Heute sind die USA der

zweitgrösste Exportmarkt der Schweiz mit einem Anteil von 10 Prozent aller Exporte und haben einen grossen Handelsbilanzüberschuss. Leiden wird die Schweiz aber auch als Sitz internationaler Unternehmen. Wenn 30 Prozent aller Zahlungen aus den USA wegbesteuert würden, müssten sich nicht nur internationale Holdings, sondern auch Produktionsunternehmen den Wegzug ernstlich überlegen. Die «Multinationals» erwirtschaften heute rund einen Viertel des Schweizer BIP. Vorerst bestünde aber erst einmal eine grosse Unsicherheit, die dem Ausbau der internationalen Geschäftstätigkeit und neuen Investitionen den Riegel schieben würde.

### **Schweizerische Regeln für systemrelevante Unternehmen sind nötig**

Wir können absehen, dass die Konsequenzen tiefgreifend wären. Sie führen zum Schluss, dem Abkommen wohl oder übel zuzustimmen. Auch wenn es teilweise eine Kapitulation vor den politischen und wirtschaftlichen Realitäten oder Machtrelationen ist. Ihnen kann sich die Schweiz nicht entziehen. Hier den Helden der Eidgenössischen Souveränität zu spielen, ist innenpolitisch verführerisch, aber gesamtwirtschaftlich nicht zu verantworten. Ich bin daher zuversichtlich, dass sich auch die Mehrheit des Nationalrates – im Ständerat bin ich mir sicher – diesen Überlegungen anschliesst.

Doch damit haben wir nur die erste Etappe unserer Aufgabe erledigt. Wäre die UBS eine Re-

gional- oder kleine Handelsbank, würden weder Bundesrat noch Parlament einen Finger rühren. Sie müsste die Konsequenzen ihres Treibens allein verantworten und allenfalls in Konkurs gehen. Doch die UBS und einige wenige andere Unternehmen haben eine faktische Staatsgarantie. Sie sind «too big to fail» – wir können sie nicht fallen lassen, ohne grössten Schaden für die ganze Schweiz in Kauf zu nehmen. Wer aber eine faktische Staatsgarantie in Anspruch nimmt, und die UBS hat es real bereits getan, muss sich auch staatlichen Regeln unterwerfen. Das hat die Schweiz bisher nicht verlangt, muss es aber sehr rasch tun. Nötig sind staatliche Richtlinien, welche eine rechtlich, wirtschaftlich und ethisch gute Unternehmensführung garantieren. Darin eingeschlossen sind auch Entlohnungs- und Bonus-Systeme. Es ist für uns Schweizerinnen und Schweizer nicht annehmbar, dass Grossbanken Dutzende von Millionen an einzelne Kader auszahlen, und die Steuerzahler beim ersten grossen Problem finanziell einspringen. Die Schweiz ist wohl in den Augen ihrer Mehrheit eine europäische Insel, aber wir wollen kein zweites Island werden! Eine Genehmigung des Abkommens muss zwingend mit diesen Massnahmen – nicht aber mit Sondersteuern nach der Vorstellung der SP – verbunden sein!

Bruno Frick, Ständerat

## Generalversammlung des H + I des Kantons Schwyz

Am **Dienstag, 7. September 2010, ab ca. 16.15 bis 21.30 Uhr** lädt der H + I seine Mitglieder zur **Generalversammlung** ein. Es ist uns eine grosse Ehre **Herrn Nationalrat und Bauernpräsident Hansjörg Walter** an der diesjährigen GV als Referenten begrüßen zu dürfen.

Die Generalversammlung findet im **Hotel Bären in 8853 Lachen** statt. Wir bitten Sie, diesen Termin vorsorglich zu reservieren; die Einladungen werden erst später versandt.

## Gesellschaftsanlass des H + I des Kantons Schwyz

Am **Donnerstag, 4. November 2010, ab ca. 16.00 bis 21.30 Uhr** lädt der H + I seine Mitglieder zum **Gesellschaftsanlass** ein, anlässlich welchem die **Firma Pamasol Willi Mäder AG in Pfäffikon/SZ** besichtigt wird. Danach findet ein **Apéro** mit anschliessendem **Nachtessen** statt.

Wir bitten Sie, den alten Termin für den Gesellschaftsanlass zu streichen und diesen Termin vorsorglich zu reservieren; die Einladungen werden erst später versandt.

Diese Ausgabe wird gesponsert von  
**Käppeli Strassen- und Tiefbau AG Schwyz**  
[www.kaeppli-bau.ch](http://www.kaeppli-bau.ch)

Nr.	Datum	Sponsor			
407	27.08.2009	Garaventa AG, Zweigstelle Goldau, Bergstrasse 9, 6410 Goldau	421	25.11.2010	
408	24.09.2009	OMIDA AG, Homöopathische Arzneimittel, Erlistrasse 2, 6403 Küssnacht am Rigi	422	16.12.2010	CONVISA AG, Unternehmens-, Steuer- und Rechtsberatung, Schwyz, Pfäffikon, Altdorf
409	29.10.2009	Sparkasse Schwyz, Herrengasse 23, 6431 Schwyz	423	27.01.2011	
410	26.11.2009	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau	424	24.02.2011	
411	17.12.2009	CREDIT SUISSE AG, Firmenkunden KMU, 8853 Lachen SZ/8808 Pfäffikon SZ	425	29.03.2011	Beat Föhn AG, Plattenbeläge, Gätzlistrasse 2, 6440 Brunnen
412	28.01.2010	Feusi & Partner AG, Architekturbüro, Schindellegistrasse 36, 8808 Pfäffikon	426	28.04.2011	
413	25.02.2010	Kürzi AG, Werner-Kälinstrasse 11, 8840 Einsiedeln	427	26.05.2011	
414	25.03.2010	Brauerei Rosengarten AG, Spitalstrasse 14, 8840 Einsiedeln	428	23.06.2011	Schwyzner Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
<b>415</b>	<b>29.04.2010</b>	<b>Käppeli Strassen- und Tiefbau AG Schwyz</b>	429	25.08.2011	
416	27.05.2010	Tisel Lackiertechnik AG, Zugerstrasse 61, 6403 Küssnacht am Rigi	430	29.09.2011	
417	24.06.2010		431	27.10.2011	
418	26.08.2010		432	24.11.2011	
419	23.09.2010		433	15.12.2011	ROESLE FRICK & PARTNER Rechtsanwälte und Urkundspersonen, Zürich und Pfäffikon/SZ
420	28.10.2010	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach	434	21.01.2012	
			435	23.02.2012	
			436	29.03.2012	
			437	26.04.2012	
			438	24.05.2012	